"Unternehmen werden sich nun zweimal überlegen, ob sie ihr Geld in Wohnungen in Berlin investieren"

18.06.19

"Unternehmen werden sich nun zweimal überlegen, ob sie ihr Geld in Wohnungen in Berlin investieren"

Zur Entscheidung des Senats, ein Gesetz für einen „Mietendeckel“ auf den Weg zu bringen, erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Der beschlossene Mietendeckel löst das zentrale Problem des Berliner Wohnungsmarktes, nämlich den Mangel an Wohnraum, nicht. Angesichts des Mietendeckels und des möglichen Volksbegehrens mit dem Ziel einer Enteignung werden sich Unternehmen nun zweimal überlegen, ob sie ihr Geld in Wohnungen in der Hauptstadt investieren wollen.

Zu den vielen Risiken und Nebenwirkungen gehört auch, dass die dringend notwendige energetische Sanierung vieler Häuser auf der Strecke bleiben wird, wenn die Kosten überwiegend beim Vermieter hängen bleiben. Das wird die Bauwirtschaft ganz erheblich treffen. Auch der Umbau von Wohnungen für Senioren und behinderte Menschen wird ins Stocken geraten. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das fatal. Zudem rechnen wir damit, dass Mietwohnungen in Folge des Gesetzes verstärkt in Eigentum umgewandelt werden. Das Angebot würde also noch knapper, die Mieten würden weiter steigen – damit hätte die Politik ein Eigentor geschossen.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner für das Thema Wirtschaftspolitik

Abteilungsleiter Innovations- und Digitalpolitik

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF